



Horace Emile Jean Vernet, *Épisode de l'expédition du Mexique, Ôl auf Leinwand, 1841*: Auch Frankreichs Kanonenbootpolitik im „Kuchenkrieg“ gegen Mexiko 1838 verletzte die Monroe-Doktrin

Wabernde Großmäuligkeit

Amerika den Amerikanern: Vor 200 Jahren wurde in Washington die Monroe-Doktrin verkündet

LOTHAR HÖBELT

Es gab in Europa nach 1815 eine Art Breschnew-Doktrin der Heiligen Allianz: Metternich verordnete den absoluten Monarchien eine bloß begrenzte Souveränität. Im Ernstfall erwartete sie „brüderliche Hilfe“: So marschierten die Österreicher in Neapel ein, die französischen „Söhne des Hl. Ludwig“ 1823 in Spanien, wo sie König Ferdinand VII. wieder in seine alten Rechte einsetzten. Nun war die Revolution gegen Ferdinand VII. ausgebrochen, weil er seine Armee zur Rückeroberung der aufsässigen Kolonien nach Amerika schicken wollte. In London regte sich die Besorgnis, daß die bourbonischen Verwandten in Paris ihrem Cousin auch in Übersee zur Hand gehen könnten, unterstützt vielleicht vom Zaren, der als einziger an die Heilige Allianz glaubte – und eben erst den nördlichen Pazifik zum russischen „mare nostrum“ erklärt hatte.

Jetzt beherrschte England zwar ohnehin die Meere – eine französische oder russische Intervention in Übersee gegen seinen Widerstand war schwer möglich. Aber vielleicht konnte man sich derlei Konflikte überhaupt ersparen, wenn man allen solchen Plänen eine überzeugende Abschreckungsfront gegenüberstellte. Deshalb hätte der britische Außenminister George Canning gern die USA zu einer gemeinsamen Erklärung überredet. Mit den USA hatte man zwar bis vor kurzem noch Krieg geführt (noch 1814 zündeten die Briten kurzerhand das „Weiße Haus“ an). Doch in diesem Fall wiesen die Interessen in dieselbe Richtung. Präsident James Monroe war auch durchaus bereit, auf Cannings Vorschlag einzugehen. Sein Kabinett gab ihm da recht – nur Außenminister Adams wollte durchaus sein eigenes Süpplein kochen.

John Quincy Adams hatte als Diplomat Jahrzehnte in Europa verbracht, er war ein Bewunderer der deutschen Kultur und hatte Wieland ins Englische übersetzt. Der Mann von Welt sah auf seine ungehobelten Landsleute herab, aber er war der Sohn eines Präsidenten – und wollte selbst gern Präsident werden. Innenpolitisch befanden sich die USA damals in einer Ausnahmesituation, der „Era of Good Feelings“ – es gab keine Parteien mehr, dafür um so mehr persönliche Feinden und Untergriffe. Adams setzte auf die patriotische Karte. Man solle sich nicht von den Briten ins Schlepptau

nehmen lassen, sondern stolz eine eigene Doktrin verkünden: Amerika den Amerikanern. Der Text war übrigens vorher schon mit den Russen abgeklärt worden. Um des lieben Friedens willen im Kabinett stimmten ihm seine Kollegen zu, manche mit hörbarem Zähneknirschen ob dieser populistischen Allüren des versnobten Rivalen. Monroe verkündete die Doktrin, die nicht die seine war, am 2. Dezember 1823 vor dem Kongreß.

Zur Probe aufs Exempel kam es aber doch nicht. Ferdinand VII. war ein Genie des Ungeschicks. Er ließ prompt auch noch die letzten Spanier in Übersee seine Ungnade spüren, weil sie dem Revolutionsregime die Treue gehalten hatten. Die im Stich gelassenen Militärs arrangierten daraufhin ein letztes Gefecht und eine ehrenvolle Kapitulation. Metternich als Kutscher Europas aber war in Übersee nur an Brasilien mit seiner habsburgischen Kaiserin interessiert – als Gegengewicht gegen das revolutionäre Portugal. Der Anlaßfall war damit bereinigt. Canning resümierte vollmundig: Er habe die neue Welt ins Leben gerufen, um das Gleichgewicht in der alten wieder herzustellen.

Europäische Staaten intervenierten weiterhin mehrfach in Amerika

Was blieb, war die sogenannte Monroe-Doktrin: Amerika den Amerikanern, keine europäischen Interventionen in der westlichen Hemisphäre. Leute, die Geopolitik vorzugsweise unter ideologischen Vorzeichen betrachten, mögen sich daran berauschen – oder mit Abscheu von soviel Yankee-Anmaßung abwenden. Uns anderen sei ein Blick darauf erlaubt, wie es eigentlich gewesen ist. Denn Anlaßfälle für die Monroe-Doktrin gab es im 19. Jahrhundert noch jede Menge. Nur die Reaktion darauf war ganz anders, als man erwarten mochte. Ließen die USA den vollmundigen Erklärungen auch Taten folgen? Schon zehn Jahre später rückten die Engländer tatsächlich in ein Gebiet ein, das die Spanier geräumt hatten, nämlich auf die Falklands. Der Konflikt entwickelte sich für die USA 150 Jahre später zur Peinlichkeit. Damals jedoch waren die Inseln als Räuberstich unangenehm aufgefallen; es war den USA ganz recht, wenn die Engländer dort für Ordnung sorgten.

1838 holten die Franzosen im sogenannten „Kuchenkrieg“ gegen Mexiko dann zur Kanonenbootpolitik aus und probierten vor Vera Cruz ihre

neuen Sprenggranaten aus. Spätestens da hätte die Monroe-Doktrin zu großer Form auflaufen können. Doch mit Mexiko lagen die USA wegen Texas selbst im Streit, der berühmte Kampf um Alamo war erst zwei Jahre her. Da war Schadenfreude Trumpf, nicht panamerikanische Solidarität.

1845 intervenierten dann Engländer und Franzosen gemeinsam am Rio de la Plata. Die Flotten der Westmächte durchbrachen die argentinische Sperre des Flusses. Eines der Resultate war übrigens, daß die Tochter des argentinischen Präsidenten Rosas von feindlichen Diplomaten und Admirälen mit Heiratsanträgen überschüttet wurde. Zum Unterschied von Evita hat es Manuela leider nicht zu einem eigenen Musical gebracht. Und die Monroe-Doktrin? US-Präsident James Polk erklärte, sie habe ohnehin nur für Nordamerika gegolten. Eines seiner Kabinettsmitglieder, das schon 1823 mit dabei gewesen war, John Calhoun, kramte in seinen Erinnerungen: Monroe selbst habe Adams Erklärung für keine gute Idee gehalten. Derlei „wabernde Großmäuligkeit“ („vapouring bravado“) sei zu nichts nütze.

In Nicaragua intrigierten in den fünfziger Jahren zwei US-Tycoons gegeneinander, Vanderbilt und Morgan. Das Kabinett war gespalten – also holte man letztendlich die Briten zu Hilfe. Die Devise, keine weiteren Kolonien zu dulden, galt selbstverständlich nicht für Gebiete, die sich den USA anschließen wollten. Das klappte einmal, eben im Fall von Texas, nicht dort, wo man es so gern gehabt hätte, nämlich in Kuba, das bis zum Ende des Jahrhunderts spanisch blieb. Eine Insel weiter hätte es beinahe geklappt: Die Dominikanische Republik hatte Angst vor dem expansiven schwarzen Haiti. Sie kehrte deshalb 1861 zu Spanien zurück; versuchte es dann mit den USA – doch der Senat lehnte 1871 dankend ab. Nur in Mexiko übten die USA 1866 massiven Druck auf Napoleon III. aus, das Kaiserreich Maximilians fallenzulassen – aber sie hatten sich auch dazu ein paar Jahre Zeit gelassen, um vorher ihren eigenen Bürgerkrieg hinter sich zu bringen.

Erst um die Jahrhundertwende gewann die Monroe-Doktrin an Popularität. Inzwischen waren die USA zur Industrienation Nummer eins aufgestiegen. Das war es, was zählte. Ihre Wünsche hatten Gewicht, unabhängig von Dogmen und Doktrinen.

Prof. Dr. Lothar Höbelt lehrt Neuere Geschichte an der Universität Wien

Mit Fritz Fischers ollen Scheuklappen

Ein Versuch Bernhard Sauers, den Ersten Weltkrieg ohne Kenntnis der jüngsten Forschung zu verstehen

OLIVER BUSCH

Bernhard Sauers Buchtitel gibt zunächst Rätsel auf: „Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?“. Denn seine schmale Studie provoziert die Gegenfrage: Für wen? Welche der beteiligten Mächte hätte denn in diesen Krieg unter der Parole eintreten können, sich nur verteidigen zu müssen? Auf den ersten Blick vielleicht Frankreich, weil im August 1914 deutsche Armeen seine Grenzen überschritten. Schaut man indes genauer auf die Vorgeschichte des Weltkriegs, stünde heute schnell Frankreichs maßgeblicher Anteil an dieser „Urkatastrophe“ zur Debatte. Mit Unterstützung aggressiver nationalistischer Führungskreise Serbiens, dem Ziel der ersten Offensive der österreichisch-ungarischen Streitmacht, war am 28. Juni 1914 in Sarajevo der österreichische Thronfolger ermordet worden. Die darauf mit der Kriegserklärung reagierende k.u.k. Monarchie, trat dann als Angreifer auf, befand sich im galizischen Osten des Habsburgerreiches gegen Rußland jedoch in der Defensive. Ähnlich wie das deutsche Kaiserreich, das im Westen angriff, während in die Provinz Ostpreußen Mitte August 1914 zwei zaristische Armeen einfielen.

Wer Angreifer und wer Verteidiger ist, läßt sich im Ersten Weltkrieg also nicht leicht bestimmen. Sklavisch Fritz Fischer folgend, glaubt Sauer in seiner anachronistisch wirkenden Untersuchung jedoch, zumindest einen Angreifer klar identifiziert zu haben: das Deutsche Reich. Das seinen Part als Hauptverantwortlicher zu tarnen gewußte habe, indem es seinen Eroberungs- als Verteidigungskrieg ausgab. Daß sich das Reich gegen „eine Welt von Feinden“ verteidigte, war eine Deutung, die bis in die 1960er überwiegend als Konsens in der bundesdeutschen Öffentlichkeit galt. Der sich erst sukzessive auflöste aufgrund der 1961 („Griff nach der Weltmacht“) und 1970 („Krieg der Illusionen“) erschienenen, fast dreißig Jahre geschichtspolitische Kontroversen hierzulande befeuernden Arbeiten des Hamburger Historikers Fritz Fischer. Dessen These lautete, daß die politisch-militärische Elite des Kaiserreichs diesen Krieg langfristig plante und durchsetzte, um sich die Hegemonie über Europa als Ausgangsbasis zu sichern für einen mit dem britischen Empire, Rußland und den USA auszufechtenden Kampf um die Weltmacht.

Penetrante Ressentiments der „Vergangenheitsbewältigung“

Bernhard Sauer, Jahrgang 1949, ist offenbar kein Experte für den Ersten Weltkrieg. Der Forschungsschwerpunkt des 2003 am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin mit einer Studie über die „Schwarze Reichswehr“ promovierten Zeithistorikers liegt auf dem „Rechtsradikalismus“ der Weimarer Republik, den Sauer in einigen Aufsätzen zur Geschichte der Freikorps exemplifiziert, die ganz der üblichen, das Thema für den bundesdeutschen „Kampf gegen Rechts“ aktualisierenden Manier verpflichtet sind. Dank der auf breiter Quellenbasis entstandenen, jüngst publizierten Monographien von René Hoffmann (JF 45/23) zählt derlei Schrifttum jetzt wohl endgültig zur Makulatur.

Das Ressentiment der „Vergangenheitsbewältigung“, das diese ältere Produktion Sauers verströmt, durchzieht mit gleicher Penetranz seinen Beitrag zur Weltkriegsgeschichte. Und hindert ihn, auf kritische Distanz zu gehen zur inzwischen fragwürdig gewordenen These

Fischers über die deutsche „Hauptschuld“ am Kriegsausbruch. Darum bleibt er Fischer und der an einer britischen Fernuniversität lehrenden, monothematisch ausschließlich auf die „Julikrise 1914“ fixierten Fischer-Adeptin Annika Mombauer so treu, daß er glaubt, die gesamte jüngere Forschung ignorieren zu dürfen. Christopher Clarks revisionistische Arbeit „Die Schlafwandler“ (2013) wird daher nur einmal eher beiläufig gestreift, während er von den gleichfalls bahnbrechenden Untersuchungen Stefan Schmidts („Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise“, 2009), Sean McMeekins („The Russian Origins of the First World War“, 2011) und „Juli 1914. Der Countdown in den Krieg“, 2013) sowie Rainer F. Schmidts in der *Historischen Zeitschrift* (303/2016) veröffentlichten Mikrostudie zur bündnispolitischen Vorbereitung des Ersten Weltkriegs: „Revanche pour Sedan“ überhaupt keine Notiz nimmt, so daß der „neue Trend der Umverteilung“ der Kriegsschuld“ (Gerd Krumeich) zu Lasten Frankreichs und Rußlands an Sauer vorbeigeht. Keine Rede von der wichtigen, am German Historical Institute London herausgegebenen Studie von Andreas Rose „Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg“, die alle gängigen Klischees zur angeblich altruistischen Balancepolitik Londons auf dem Kontinent weitestgehend ausräumt.



Bernhard Sauer: *Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?* Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2023, gebunden, 188 Seiten, 49,90 Euro

Nach dem ersten, 25seitigen Kapitel über „Julikrise und Kriegsausbruch“ endet das Werk, soweit es sich auf das im Titel ankündigte Schatzenboxen um die deutsche Propagandaformel vom „Verteidigungskrieg“ bezieht. Es folgen dröge Referate über den Kriegsverlauf von der Marne-Schlacht bis zu Verdun, zur Tragödie an der Somme, dem U-Boot-Krieg und schließlich zur Entlassung des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg im Juli 1917. Eingeschoben wird ein Kapitel zur Geschichte der Sozialdemokratie während des Krieges, bevor diese Nacherzählungen dann mit dem Kapitel „Kriegsende und Zusammenbruch“ mitsamt einer konventionellen Reflexion zur „Dolchstoßlegende“ enden. Angehängt ist noch ein bizarres Kapitel zu „Adolf Hitler und der Erste Weltkrieg“, das Zitate aus „Mein Kampf“ kompiliert, um im Stil Fischers „Kontinuitäten“ deutschen Weltmachtstrebens wenigstens anzudeuten. Als besonders ärgerlich ragt in diesen Zitatenkollagen, die keine neuen Quellen bieten (Sauer hat im Bundesarchiv lediglich eine Akte und zwei Karteiblätter eingesehen!) und sich wieder rein aus selektiv wahrgenommener Forschungsliteratur nähren, die unkritische Bewertung des deutschen Friedensvorschlages vom Dezember 1916 heraus. Der sei, da unehrlich, zu Recht von den Feindmächten abgelehnt worden. Daß die Entente aber zu keinem Zeitpunkt zu einem Frieden mit dem Kaiserreich bereit war, hat zuletzt eine akribische Studie des Freiburger Emeritus Hans Fenske nachgewiesen („Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914–1919“, 2013). Auch ein Werk, das selbstredend in Sauers Literaturverzeichnis fehlt.

Leerformeln zur Verklärung des Friedens von Münster

Historische Unbildung

Nicht alle Peinlichkeiten im Auswärtigen Amt (AA) gehen auf Annalena Baerbocks (Grüne) Kappe. So war nicht sie es, die im November 2022 dafür sorgte, daß das Ratskrenz im Friedenssaal des Rathauses zu Münster rechtzeitig vor dem Außenministertreffen der G-7-Staaten abgehängt wurde. Für diesen singulären Unterwerfungsakt mit Rücksicht auf den „unterschiedlichen religiösen Hintergrund“ der Teilnehmer zeichneten vielmehr ihre subalternen Protokollbeamten verantwortlich, was einiges über den im AA herrschenden woken Ungeist verrät. Damit beantwortet sich die zum 375. Jubiläum des Westfälischen Friedens vom Frühneuzeit-Historiker Michael Rohrschneider (Bonn) gestellte Frage „Lernen aus

der Geschichte?“ fast von selbst (*Forschung & Lehre*, 11/2023). Die politische Klasse schätze Historie bestenfalls als Kulisse für Selbstinszenierungen. So habe Frank-Walter Steinmeier als Außenminister wiederholt einen „Westfälischen Frieden für den Nahen Osten“ angeregt, und Bundeskanzler Olaf Scholz wollte vor kurzem angesichts des Ukraine-Krieges „Traditionen europäischer Friedensordnungen“ erneuern. Mehr als „Leerformeln“, die von historischer Unbildung zeugen, seien das nicht, da kein Anlaß zur „Verklärung“ des Friedens 1648 bestehe. Dieser biete zudem keinerlei Patentrezepte, um aktuelle Kriege beizulegen. (ob)

► www.forschung-und-lehre.de

Chinas nicht humanitäre, nicht feministische Außenpolitik

Ende der Gewißheiten

Beide Ukraine-Abstimmungen in der UN-Vollversammlung haben 2022 demonstriert, wo die Frontlinien im „neuen Systemkonflikt“ zwischen dem „autoritären Osten und dem liberalen Westen“ verlaufen. Zum „autoritären Lager“ zählen für den emeritierten Politologen Ulrich Menzel (Braunschweig) demnach jene 52 Staaten, die sich der Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nicht anschlossen. Menzel will darin das „Ende der Gewißheiten“ erkennen, die nicht nur die internationalen Beziehungen seit 1945 bestimmt haben, sondern auch das Weltbild der deutschen Politikwissenschaft (*Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/2023). Dessen Zentrum bildete das „norma-

tive Grundverständnis“, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sein dürfe. Woraus sich das Mantra ableitete, der Weltfriede sei um so sicherer, je mehr demokratisch verfaßte Staaten es gebe. Westliche „Demokratisierungspolitik“ erlaubte dafür sogar militärische „Regimechanges“. Solche Axiome erweisen sich für Menzel genauso als Chimäre wie der Glaube an die neoliberale Propaganda von der Friedensdividende der Globalisierung. Hingegen werde der neue, realpolitisch fundierte Imperialismus des russischen Seniorpartners China gerade von Autokraten im globalen Süden akzeptiert, weil er nicht „humanitär konditioniert“ sei. (dg)

► www.blaetter.de

Historisches Kalenderblatt

1. Dezember 1453: Kaiser Friedrich III. erklärt den von Hansestädten und Landständen 1440 gegründeten Preußischen Bund für rechtswidrig. Seine Entscheidung zugunsten des Deutschen Ordens führt zwei Monate später zum Ausbruch des Dreizehnjährigen Krieges.